Die Stellung der konservativen Partei zur gewerblichen Arbeiterfrage in der Zeit von 1848—1880

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften der Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Karl Edmund Femerling
aus Dömitz (Mecklenburg)

Referent: Professor Dr. Aubin

Auszug

*

Buchdruckerei Hugo Alpers, Delitzsch
1927

Einleitung.

Der zeitliche Ausgangspunkt der Arbeit ist das Jahr 1848, weil wirkliche politische Parteien nur in Ländern mit Volksvertretung vorkommen, und weil in diesem Jahre zum ersten Male in Deutschland ein deutsches Parlament und eine preußische Nationalversammlung tagten. Das Ende liegt um 1881, in dem Jahre, da Kaiser Wilhelm I. in seiner Botschaft eine Sozialversicherung ankündigte. Mit diesem Zeitpunkt begann eine neue Aera in der Sozialpolitik, deren Erörterung den Rahmen unserer Arbeit zu weit spannen würde.

I. Kapitel.

Allgemeine Leitgedanken für die Einstellung der konservativen Partei zur gewerblichen Arbeiterfrage.

Die konservative Partei war in der Einstellung zur gewerblichen Arbeiterfrage uneinheitlich. Aus einem Konglomerat von kleineren und größeren Gruppen schälten sich bald nach der Revolution von 1848 drei große Richtungen heraus, von denen zwei eine patriarchalische „Lösung" der gewerblichen Arbeiterfrage, die dritte eine sozialkonservative anstrebten. Die ersteren waren hinsichtlich der Motive verschieden. Bei der einen Gruppe waren mehr materiell-parteipolitische, bei der anderen mehr ideell-konservative maßgebend. Die dritte Richtung wuchs auch über die zweite durch einen starken staatsmännischen Einschlag in ihrer Einstellung hinaus.

II. Kapitel.

Die Einstellung der konservativen Partei zur gewerblichen Arbeiterfrage im 5. und 6. Jahrzehnt.

In dieser Zeit wurden zum ersten Male die Auffassungen der ersten beiden prinzipiell verschiedenen Gruppen deutlich. Ihre

hervorragendsten Vertreter waren bei den mehr ideellen Konservativen die Gebrüder v. Gerlachs, bei den mehr materiell-interessenpolitischen v. Bülow-Cummerow. Für die praktische Lösung der gewerblichen Arbeiterfrage hatten beide Richtungen dieselbe Bedeutung. Beide erkannten die modernen Arbeiterbestrebungen nicht an und wollten die soziale Not beseitigen durch eine umfassende — d. h. auf möglichst alle Seiten des Lebens (in politischer, wirtschaftlicher usw. Hinsicht) auszudehnende — Bevormundung des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber. Der Unterschied bestand darin, daß beider Auffassungen aus einer grundverschiedenen Gesinnung flossen. Die erstere forderte das Bevormundungs- und Abhängigkeitsverhältnis als Mittel zur „Lösung" der Arbeiterfrage, weil sie letztere dadurch lösen wollte und auch lösen zu können glaubte, die letztere, um die Arbeiter für ihre wirtschaftlichen Zwecke „auszubeuten".

III. Kapitel.

Ihre Einstellung im 7. Jahrzehnt.

Das 5. und 6. Jahrzehnt waren einerseits durch das Fehlen einer modernen d. h. klassenbewußten und organisierten größeren Arbeiterschaft und andererseits durch ein erfolgreiches Ueberwinden der durch die Revolution eingeleiteten Demokratisierung des Staates durch die konservativen Mächte charakterisiert gewesen. Das 7. Jahrzehnt begann ein anderes Bild zu zeigen. Dem Konservatismus erwuchs vornehmlich in der Fortschrittspartei ein Gegner mit starken Ansprüchen an die Leitung des Staates. Dazu kam, daß sich mit dem Auftreten Lassalles dem Umschwung in der parlamentarisch-politischen Machtverteilung der besitzenden Klassen Bestrebungen auf Veränderungen, d. h. Verbesserungen in der gesellschaftlichen Stellung seitens der besitzlosen Arbeiterklasse an die Seite stellten. Diese historische Situation rief die dritte, die sozialkonservative, Gruppe auf den Plan. Wahrhaft organische Staatsauffassung im Verein mit christlichen Motiven und einem tiefgründigen Haß gegen den aufkommenden Liberalismus waren die Gründe, die einen H. Wagener bestimmten, das allgemeine Wahlrecht, die Koalitionsfreiheit, die Produktivassoziationen mit Staatshilfe usw. zu befürworten. Der übrige Teil der konservativen Partei stand mehr oder weniger gleichgültig, verständnislos und verneinend abseits.

IV. Kapitel.

Ihre Einstellung im 8. Jahrzehnt.

Die Verneinung der modernen Arbeiterbestrebungen schlug in schärfste Bekämpfung mit dem Augenblick um, wo die systematische und zielbewußte Agitationsarbeit der erstarkenden Arbeiterbewegung auch in den ländlichen Distrikten sich in einer starken Gefährdung des patriarchalisch-herrschaftlichen Verhältnisses insofern auszuwirken begann, als sozialistische Ideen und sozialdemokratische Praktiken auch in die entlegensten Dörfer drangen und die Geister unruhig und ganz allgemein für wirtschaftliche (höhere Lohn- usw.) und politische Forderungen und für augenblickliche Machtmittel (Streik) der Arbeiter empfänglich machten. Diese Situation fand der Sozialkonservative Rudolf Meyer vor, als er versuchte, die konservative Partei für seine Auffassung von einer „Lösung" der Arbeiterfrage zu gewinnen. Er scheiterte, ebenso wie V. A. Huber, der über das Stadium des Versuches einer inneren Annäherung an die konservative Partei in sozialen Fragen nicht hinausgekommen war, und wie H. Wagener, als der bedeutendste Sozialkonservative, der tatsächlich mit seinen sozialen Auffassungen nie Eingang in die Geistigkeit des konservativen Menschen gefunden hatte. Damit wurde klar, daß es eine Sozialpolitik der konservativen Partei in dieser Zeit nicht gegeben hatte.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN